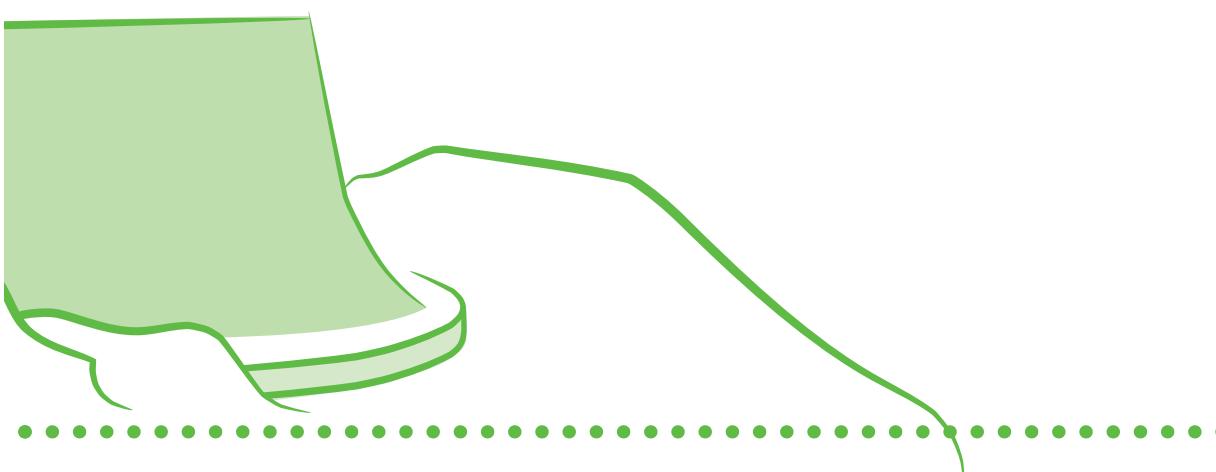


A stylized graphic of a lighthouse on the left side of the slide. It has a dark green base and a light green upper section with horizontal stripes. A beam of light is depicted as several green lines radiating from a circular opening at the top. The background behind the text is a light gray gradient.

Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik



A stylized graphic of a lighthouse base on the bottom left, consisting of a dark green trapezoid and a light green rounded rectangle. A curved green line extends from the base towards the right, ending at a dotted line.

Hamburg, 2005

Diese Publikation wurde gefördert durch:



Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung



Gefördert durch
Erträge der
Umweltlotterie

**Dieses Projekt wurde finanziell vom Bundesumweltministerium
und vom Umweltbundesamt gefördert.**

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Wir danken

den Förderern und allen TeilnehmerInnen der Tagung
„Deutsche Pflanzenschutzpolitik – 20 Jahre PAN Germany –
Perspektiven aus Erfahrungen“ für die angeregte Diskussion,
deren Ergebnisse für diese Publikation
weiterentwickelt wurden.

Für die Grafikspende danken wir
Herrn Thomas Heer, Hamburg
sehr herzlich.

Impressum

AutorInnen:
Lars Neumeister
Carina Weber
Matthias Frost

In Kooperation mit:
Rolf Altenburger
Wolfgang Bödeker
Getraud Gauer-Süß
Simone Hueber
Ulf Jacob
Armin Radünz
Michael Ruhnau
Milena Schuldt
Susanne Smolka

© Foto: aboutpixel.de

© Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)
Nernstweg 32, D-22765 Hamburg
Tel: +49 (0) 40 - 39 91 91 00
Fax: +49 (0) 40 - 390 75 20
Email: info@pan-germany.org
Homepage: www.pan-germany.org
ISBN: 3-9810186-1-3





Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Hamburg, 2005



Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

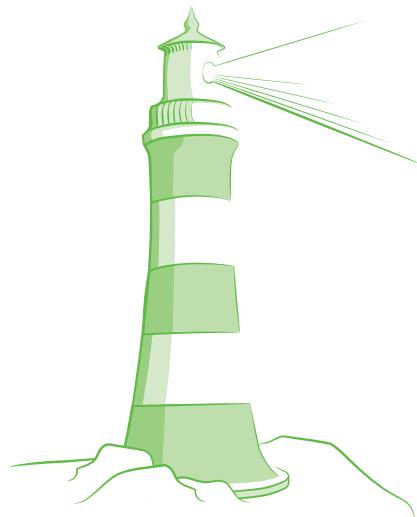
Einleitung

Pestizide stehen seit über 40 Jahren im Blickfeld der Öffentlichkeit. Seit 20 Jahren engagiert sich das deutsche Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. national und international für eine nachhaltige Landwirtschaft und für alternative Verfahren der Kontrolle unerwünschter und schädlicher Organismen. Vieles hat sich in diesen 20 Jahren verändert, vieles bleibt zu tun. Damit sichtbar wird, wohin sich die Pflanzenschutzpolitik aus unserer Sicht entwickeln sollte, haben wir 7 Leuchttürme "aufgestellt". PAN Germany hält sie für unverzichtbare Leitlinien und Wegweiser für die zukünftige Pflanzenschutzpolitik, so wie jedes Politikfeld innerhalb einer intakten Demokratie Leitlinien benötigt.

Heute gibt es einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Umwelt und menschliche Gesundheit hohe Schutzgüter sind und deshalb prinzipiell Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen genießen sollten. Pestizide sind vorteilhaft und schädlich zugleich. Eine allgemein akzeptierte, abschließende Nutzen-Schaden-Bilanz, die von allen Mitgliedern der Gesellschaft getragen wird, gibt es nicht und wird es wahrscheinlich auch nie geben. Zu verschieden sind die Güter, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Die Diskussion um die Vor- und Nachteile des Einsatzes von Pestiziden wird zusätzlich dadurch erschwert, dass es in vielen Bereichen der Pflanzenschutzpolitik an Transparenz und Kommunikation mangelt.

Wir wünschen uns, mit diesen Leuchttürmen einen gedanklichen Anstoß zu geben und einen gesellschaftlichen Diskurs über die Art unserer Lebensmittelproduktion, die „Not“wendigkeit der Anwendung von chemisch-synthetischen Pestiziden und über die „un“vermeidbaren „Rest“risiken anzuregen. Wir sind der Meinung, dass dieser Diskurs notwendig ist. Schließlich bezahlt die Gesellschaft ein landwirtschaftliches System, das wenigen hohe Profite einbringt, einigen ein angemessenes Auskommen beschert, aber viele benachteiligt oder gar schädigt und zudem erhebliche gesamtgesellschaftliche Kosten für die Überwachung und „Renaturierung“ verursacht.

Die Bausteine der Leuchttürme sind unter anderem aus den konstruktiven Diskussionen im Rahmen der Konferenz „Deutsche Pflanzenschutzpolitik – 20 Jahre PAN Germany – Perspektiven aus Erfahrung“ entstanden, die anlässlich des 20-jährigen Bestehens von PAN Germany am 1. Oktober 2004 in Hamburg stattfand.



Kohärenz

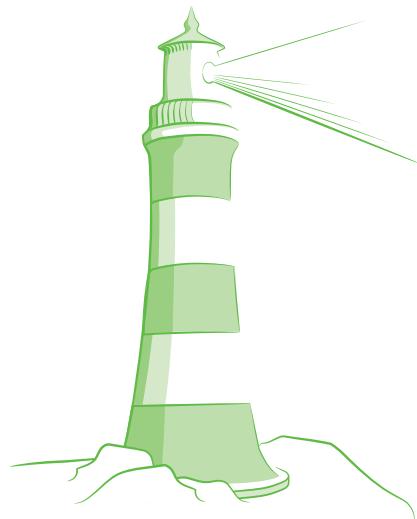
Die Ziele des Umwelt- und Verbraucherschutzes in alle Politikbereiche integrieren



Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Unter Kohärenz in der Politik verstehen wir die Vereinbarkeit (und das Zusammenspiel) aller politischen Instrumente (Gesetzgebung, Programme, Förderung, Exekutive etc.) mit den Zielen einer Gesellschaft. Bisher fehlt die Kohärenz im Zusammenspiel der unterschiedlichen Politikfelder. Die Agrarpolitik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit steht im Gegensatz zu dem Ziel, die Umwelt und die Gesundheit zu schützen. Ziele der Entwicklungspolitik werden durch die Art der Subventionierung und den Schutz der europäischen Landwirtschaft unerreichbar gemacht. Handelsklassen, die „perfekt“ aussehendes Obst und Gemüse fordern, behindern die Erreichung von Zielen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und des Umweltschutzes.

Um mehr Kohärenz zu schaffen und damit eine effizientere Politik zu erreichen, müssen gesellschaftliche Diskurse zu konträren Zielen geführt werden. Unter diesen müssen schließlich Prioritäten gesetzt werden, die vertretbar für unsere Gesellschaft, die Weltstaatengemeinschaft und die nächsten Generationen sind. Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum dürfen nicht zu Lasten der Gerechtigkeit im globalen und nationalen Rahmen, des gesundheitlichen Wohlergehens und der Umwelt bevorzugt werden.



Transparenz

Informationsfreiheit und den
öffentlichen Datenzugang sichern



Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

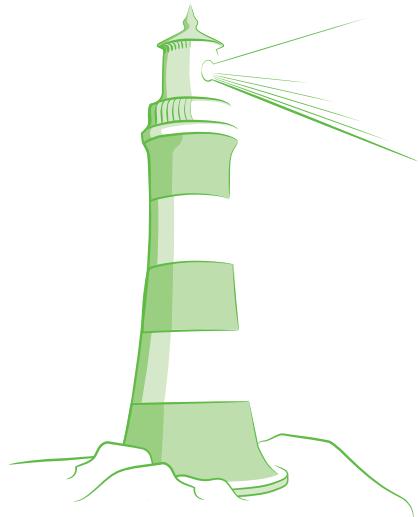
Unter Transparenz verstehen wir vor allem Informationsfreiheit und offensive Informationspolitik bzw. Öffentlichkeitsarbeit durch die Regierung und die Verwaltung.

Informationsfreiheit schließt das Recht auf Informationen über politische Prozesse und über das Zustandekommen von politischen Entscheidungen sowie die Einsicht in Akten und den Zugang zu gesellschaftlich relevanten Daten und Fakten ein.

Offensive Informationspolitik bedeutet, dass Informationen, Daten und Fakten so veröffentlicht werden, dass die Öffentlichkeit ihr Einspruchsrecht wahren kann bzw. ihr Verhalten an veränderte Bedingungen anpassen kann.

In einer demokratischen Gesellschaft müssen sich die Bürgerinnen und Bürger am politischen und gesellschaftlichen Geschehen auf informierter Basis beteiligen können. Diese Beteiligung ist jedoch nur möglich, wenn die Zivilgesellschaft Zugang zu den entscheidungsrelevanten Informationen hat.

Entlang der gesamten Existenzlinie von Pestiziden (Produktion, Zulassung, Vermarktung, Anwendung, Entsorgung) sowie bezüglich der Überwachung des Umgangs mit Pestiziden und auch bezüglich des Verbleibs und der Effekte von Pestiziden muss zukünftig das Erfordernis der Transparenz gegenüber dem Bedürfnis nach Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen Vorrang haben.



Partizipation

Aktive Beteiligung an
Entscheidungsprozessen
ermöglichen

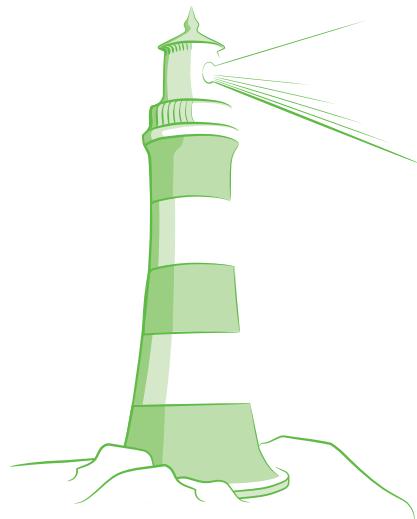


Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Die Zivilgesellschaft in einer Demokratie hat das Recht, sich aktiv an politischen Prozessen und Diskursen zu beteiligen. Politische Entscheidungen und Maßnahmen zur Umsetzung politischer Beschlüsse müssen für die Zivilgesellschaft begründet und nachvollziehbar sein.

Rund 80% der Umweltgesetzgebung wird auf der Ebene der EU beschlossen. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sind in diesen Fällen jedoch extrem eingeschränkt. Nur die Europäische Kommission darf Gesetze und Verordnungen in die EU einbringen. Selbst das von den Bürgern gewählte europäische Parlament hat bisher kein Recht, Gesetze vorzuschlagen (Initiativrecht). Die Zivilgesellschaft muss die Möglichkeit zur Initiative haben, um zu klären, wie unsere Nahrungsmittel produziert werden sollen und wie Landwirtschaft in Zukunft aussehen soll. Die Fortentwicklung der Technologien zur Nahrungsmittelproduktion wird derzeit zu stark von Lebensmittel- und Chemiekonzernen und den Handelsketten bestimmt.

Partizipation in einer Demokratie bedeutet nicht, dass die Zivilgesellschaft die legislativen und exekutiven Aufgaben der Regierung übernimmt. Das heißt zum Beispiel bei der Pestizidzulassung, dass Entscheidungen nur durch Regierungsvertreter getroffen werden. Demgegenüber müssen aber Nichtregierungsorganisationen einbezogen werden, wenn Beratungsgremien zusammengesetzt werden, und wenn es darum geht, den rechtlichen Rahmen der Pestizidpolitik und Pestizidzulassung zu definieren. In allen Fällen von Partizipation muss eine ausgewogene Beteiligung der Interessengruppen gewährleistet werden. Eine Dominanz weniger Interessengruppen ist zu vermeiden.



Verantwortlichkeit

Alle an der Lebensmittelproduktion
und -vermarktung Beteiligten
übernehmen Verantwortung

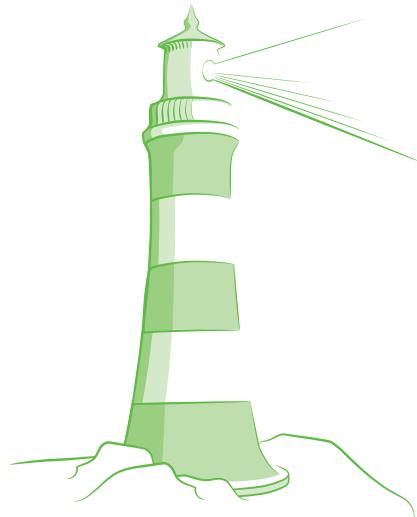
Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Alle in der Lebensmittelproduktion und im Lebensmittelhandel Tätigen müssen Mitverantwortung dafür übernehmen, dass zum einen gesunde Lebensmittel in einer gesunden Umwelt produziert werden können und zum anderen das ländliche Leben in Europa und in den Armutssregionen der Welt nicht in seiner Existenz weiter gefährdet wird. In der europäischen Agrar- und Pflanzenschutzpolitik gibt es jedoch mächtige Interessengruppen, die ausschließlich Partikularinteressen vertreten und die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Die Politik hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Interessen aller Teile der Gesellschaft zufrieden stellend behandelt werden.

Die Politik ist zudem gefordert, Verursacher von Schäden am leiblichen Wohl und an der Umwelt zu identifizieren und haftbar zu machen. Dass sich Konzerne und Politiker der Verantwortung gegenüber den Folgen von Katastrophen wie in Bhopal 1984 und den Folgen der alltäglichen Vergiftungen entziehen, ist nicht akzeptabel. Eine umfangreiche Produkthaftung muss eingeführt werden.

Pestizidkonzerne müssen ihrer Verantwortung nachkommen und die Regeln des Internationalen Verhaltenskodex für das in Verkehr bringen und die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zukünftig strikt einhalten - nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis. Aber auch die Lebensmittelwirtschaft und der Lebensmittelhandel sollten aktiv dazu beitragen, dass die durch sie vermarkten Produkte nicht nur den direkt für sie geltenden Regelungen entsprechen, sondern die Missstände im Anbau beseitigt werden und die Konsumenten Anregungen für einen verantwortungsvollen Konsum erhalten.

Auch die Konsumenten müssen ihrer Verantwortung stärker gerecht werden. Den Interessenkonflikt, dass Konsumenten einerseits billige und „makellose“ Agrargüter wünschen und nachfragen und andererseits Konsumenten Agrargüter fordern, die frei von Pestizidrückständen sind, kann nur durch die Übernahme von individueller Verantwortung auch durch Verbraucher gelöst werden. Die Wirkung der „Verbraucher- und Umweltschutzpolitik mit dem Einkaufskorb“ ist stärker als die Wirkung von Positionspapieren.



Vorsorgeprinzip

Handeln schon bei begründetem Verdacht,
um potentiellen Schaden für Mensch und
Umwelt abzuwenden



Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Nach dem Vorsorgeprinzip muss jede Einwirkung, die schädlich oder lästig sein könnte, wenn möglich und wo immer möglich verhindert oder auf ein Minimum beschränkt werden.

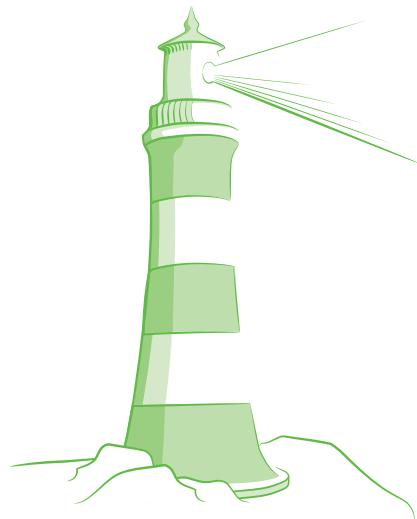
Das Vorsorgeprinzip sollte ein übergreifendes Paradigma bei der Entscheidungsfindung sein.

Beim Handeln auf der Basis von Verdachtsmomenten muss akzeptiert werden, dass risikomindernde Maßnahmen zunächst über das letztendlich Notwendige hinausgehen, um potentiellen Schaden abzuwenden. Das gilt insbesondere dann, wenn der Umfang des „Nicht-Wissens“ bezüglich möglicher nachteiliger Auswirkungen sehr strittig ist.

Das heißt: Es muss gehandelt werden, um einen Schaden oder die Möglichkeit eines Schadens abzuwenden, bevor er entsteht. Dies gilt auch dann, wenn ein sicherer Beweis für den Zusammenhang von Ursache und Auswirkung noch nicht vorliegt.

Die Beweislast muss gegenüber dem derzeitigen Verfahren umgekehrt werden. Eine Chemikalie ist als gefährlich einzustufen, bis es ausreichende Beweise dafür gibt, dass die Chemikalien für Ökosysteme und die menschliche Gesundheit keine mögliche Gefahr darstellen.

Wissenschaftliche Informationen hoher Qualität sollten ein zentraler Bestandteil für alle Methoden sein, um Bedrohungen für Mensch und Umwelt frühzeitig aufzuspüren. Die Bewertung einer möglichen Bedrohung beruht auf gesellschaftspolitisch festgelegten Schutzzieilen: Je höher das Schutzgut (z. B. der Erhalt bedrohter Arten oder Ökosysteme oder die Gesundheit des ungeborenen Lebens und von Kindern), desto eher und umfangreicher sind – auch bei begrenztem wissenschaftlichen Kenntnisstand – Schutzmaßnahmen zu ergreifen.



Minimierungsgebot

Den vorsorgenden Pflanzenschutz durch
weitsichtige Reduktionsziele fördern



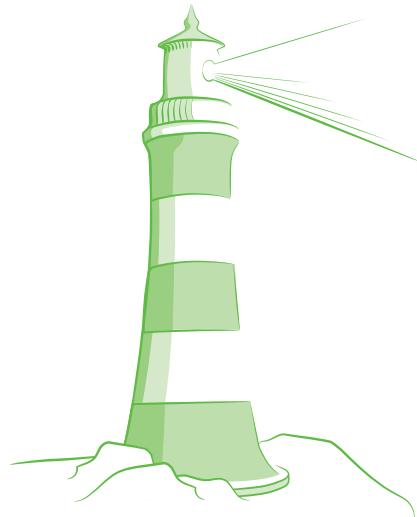
Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Alle zukünftigen technischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen sollten eine Reduzierung der Umweltbelastung durch Pestizide zum Ziel haben.

Bisher bleibt das Vorsorgeprinzip innerhalb des Systems des chemischen Pflanzenschutzes stecken. Zwar werden die potenziellen Risiken von einzelnen Pestiziden überprüft und bewertet und im Rahmen eines seit den 1960er Jahren entwickelten Risikomanagement abgewogen und geregelt. Dabei erfolgt die Abwägung jedoch günstigstenfalls zwischen verschiedenen chemischen Mitteln. Die zuständige Behörde kann angesichts eines sehr gefährlichen Pestizids u. a. prüfen, ob stattdessen ein anderes, weniger gefährliches Pestizid verfügbar ist.

Zukünftig sollte das Minimierungsgebot im chemischen Pflanzenschutz universell gelten. Das heißt, es sollte immer die Frage danach beantwortet werden, ob und ggf. wie pflanzenbauliche, politische oder ökonomische Instrumente eingesetzt werden können, um risikobehaftete Technologien überflüssig zu machen.

Das Substitutionsprinzip muss mit klarem Auftrag an die Regierung gesetzlich verankert werden. Dabei muss zukünftig das Recht und die Pflicht bestehen, nichtchemische Lösungen für Pflanzenschutzprobleme zu bevorzugen, selbst wenn dadurch vertretbare ökonomische Nachteile in Kauf genommen werden müssen.



Gerechtigkeit

Ungerechte Agrarsubventionen beseitigen
für einen fairen Welthandel



Leuchttürme der zukünftigen Pflanzenschutzpolitik

Unverschuldete, strukturelle ökonomische Ungleichheit sowie rechtliche und politische Ungleichbehandlung empfinden wir als ungerecht.

Die europäische Agrarpolitik wird von der gesamten Gesellschaft finanziert. Aber einige besonders begünstigte Betriebe bekamen bisher umfangreiche Direktzahlungen, während viele Betriebe lediglich kleine Förderungen erhielten. Jahrzehntelang wirkte das Fördersystem zugunsten einer Intensivierung der Landwirtschaft. Vor allem Großbetriebe profitieren bisher, vielen kleineren Betrieben wurde die Existenzgrundlage entzogen, zu Lasten funktionierender ländlicher Regionen. Die Kosten des ländlichen Exodus sowie die Kontrolle und Beseitigung der negativen ökologischen und sozialen Effekte muss die Gesellschaft tragen. Die aktuelle Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik versucht nun, diesem Trend entgegenzuwirken. Diese politische Neuausrichtung gilt es zukünftig noch konsequenter auszubauen.

Die europäische Agrarpolitik hat nicht nur innerhalb Europas Unrechrigkeiten verursacht. Exportsubventionen und Preisstützung haben verheerende Folgen, besonders in den Armutsgebieten unserer Welt. Durch Subventionen verbilligte Agrarprodukte dominieren Märkte auf anderen Kontinenten und die Begrenzung des Marktzugangs für die Produkte der Entwicklungsländer hemmt deren Entwicklung.

Die deutsche Politik muss sich sowohl auf europäischer Ebene als auch in der Welthandelsorganisation (WTO) und im Rahmen von bilateralen und regionalen Handelsabkommen der Europäischen Union für einen erweiterten Marktzugang für Entwicklungsländer und den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen einsetzen. Die unfaire Konkurrenz durch Exportsubventionen der Industrieländer gegenüber den Ländern des Südens muss beseitigt werden. Die Entwicklungsländer müssen in einer Art und Weise entschuldet werden, die der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kommt und die Abhängigkeit von der Exportwirtschaft mindert.



Kontakt und Information

Pestizid Aktions-Netzwerk e. V.
(PAN Germany)
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 – 399 19 10-0
Fax.: +49 (0)40 – 390 75 20
Email: info@pan-germany.org
Internet: <http://www.pan-germany.org>